

PROTOKOLL	Gremium Sitzung Besprechung	32. Ortschaftsratssitzung
Stadt Karlsruhe	Datum Uhrzeit	Dienstag, 30.05.2017 von 19 bis 20:30Uhr
		öffentlich
	Ort	Bürgersaal, Rathaus Grünwettersbach
	Vorsitzende Vorsitzender	Herr Ortsvorsteher Rainer Frank
	Protokollführerin Protokollführer	Herr Klaus Schäfer

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 14 (Normalzahl: 16)

Namen der anwesenden Ortschaftsräte:

Bessler, Matthias	(a)	Jourdan, Roland	(a)
Bollian, Hans	(e)	Köpfler, Marianne	(e)
Brenk, Marcus	(a)	Noviello, Silke	(a)
Fehst, Peter	(a)	Dr. Overhoff, Gerhard	(a)
Freiburger, Peter	(a)	Pfannkuch, Tilman	(a)
Hepperle, Peter	(a)	Reinhardt, Nils	(a)
Hock, Sieglinde	(a)	Seliger, Ursula	(a)
John, Otmar	(a)	Stech, Hartmut	(a)

Vorsitzender:

Herr Rainer Frank

Schriftführer:

Herr Klaus Schäfer

Sonstige Teilnehmer:

TOP 1: Herr Ruppert, Tiefbauamt Herr Giesinger, Tiefbauamt

Nach der Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass

$$(k) = krank,$$
 $(v) = verhindert,$ $(u) = unentschuldigt$ $(e) = entschuldigt$

¹ zu dieser Sitzung am 22.05.2017 ordnungsgemäß eingeladen wurde,

² die Tagesordnung für den öffentlichen Teil am 26.05.2017 in der Stadtzeitung und am 24.05.2017 durch den im Wettersbacher Anzeiger ortsüblich bekannt gemacht wurde.

³ der Ortschaftsrat beschlussfähig ist.

Der Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Presse. Anhand der Anwesenheitsliste stellt er die Beschlussfähigkeit fest. Die Ortschaftsrätin Frau Köpfler und der Ortschaftsrat Herr Bollian sind entschuldigt.

TOP 1 Radweg L 623 zwischen Grünwettersbach und Wolfartsweier hier: Vorstellung der Planung

Im Anschluss an die Einleitung ruft Herr Ortsvorsteher Frank Tagesordnungspunkt 1 auf und bittet den Fehler in der Vorlage zu entschuldigen. Darin heißt es fälschlicherweise, dass der Radweg zwischen Grünwettersbach und Palmbach verlaufen wird. Ausdrücklich betont er, dass die Strecke zwischen Grünwettersbach und Wolfartsweier behandelt wird. Von Seiten des Ortschaftsrats kommen keine Einwände.

Er begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Ruppert und Giesinger vom Tiefbauamt der Stadt Karlsruhe unter deren Leitung die Planung erstellt wurde. Er geht kurz auf die Historie zu diesem Radweg ein und beleuchtet die schwierige Topographie in diesem Bereich. So war auch der letzte Vorschlag mit einem Verbau durch Mauerscheiben und Gabionen nicht umsetzbar.

Daraufhin stellt Herr Giesinger anhand einer Präsentation die aktuelle Planung vor. Die Präsentation liegt diesem Protokoll bei. Zu Beginn betont er, dass dies die dritte Vorstellung des Radweges im Ortschaftsrat sei. Rückblickend geht er nochmals auf die bisherigen Varianten und die schwierige Topographie ein. So wurde der letzten Planung mit einer Aufständerung durch das Regierungspräsidium nicht zugestimmt. Nach der Vorstellung der neuen Planung geht er auf das Genehmigungsverfahren ein. Die Themen Waldumwandlung, Aufforstung sowie verschiedene bau- und umweltrechtliche Belange müssen hierbei beachtet werden. Mit einem optimistischen Ausblick könnte die baurechtliche Genehmigungen Ende 2017 vorliegen. Daran anschließen würden sich die weiteren Verfahren. Die Bauausführung ist bei einem positiven Verlauf für Ende 2018 vorgesehen. Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Giesinger für die ausführliche Vorstellung des Radweges. Deutlich weist er dabei auf den starken topographischen Eingriff hin und als zweite große Hürde bezeichnet er das komplette Genehmigungsverfahren.

Frau Ortschaftsrätin Seliger zeigt sich sehr zufrieden über die nun vorgelegte Planung. Aufgrund der hohen Sichtbetonwände hatte die letzte Planung wie ein Schock auf sie gewirkt. Auch sie empfindet, dass trotz aller Rücksicht ein sehr massiver Eingriff in die Natur stattfindet. Sie stellt die Frage, wie denn der weitere Fortgang gewesen sei, wenn damals der letzten Planung zugestimmt würde. Dann, so Herr Giesinger, hätte das Tiefbauamt diese Planung weitergeführt. Es bestehen im Tiefbauamt noch keine Erfahrungen mit dem System "bewehrte Erde". Beim Regierungspräsidium liegen diese Erfahrungen bereits vor. Weiter berichtet er, dass auch die Bewehrung der Böschung ein großer Eingriff bedeutet. Die Möglichkeit zur Auffüllung mit vorgefundenem Boden wird im Zuge der Ausführungsplanung untersucht.

Herr Ortschaftsrat Pfannkuch bezeichnet das Ergebnis der aktuellen Planung als Antwort auf deutliche Empörung des Ortschaftsrates über das bisherige planerische Vorgehen. Das Projekt wurde immer wieder auf die lange Bank geschoben und für Radfahrer wurde nicht der Ansatz einer Verbesserung erzielt. Die Forderung des Regierungspräsidiums nach einer optimalen Lösung wird auf dem Rücken der Radfahrer ausgetragen. Er betont ebenfalls den massiven Eingriff in die Natur und wählt als Vergleich den Radweg in der Tiefentalstraße. Er sieht den Vorteil in der jetzigen Planung in der Begrünung der Stützwände. So entsteht ein optisch geringerer Eingriff. Er ist der Überzeugung, dass dies der richtige Weg zur Realisierung ist und fordert nun eine zügige Umsetzung. Allerdings, so gibt er zu bedenken, graut ihm vor dem Genehmigungsverfahren. Er stellt die Frage, ob eine Verkürzung des Verfahrens möglich ist. Weiter hinterfragt er, wer dem Regierungspräsidium den Auftrag gibt die Ausgleichsflächen zu suchen. Abschließend will er noch wissen, wie hoch die Kosten für diese Variante sind und ob bei einem späteren Bau die Mittel noch zur Verfügung stehen.

Herr Giesinger berichtet daraufhin, dass die Kosten bei ca. 2,2 Millionen Euro liegen. Beim geplanten Baubeginn Mitte / Ende 2018 stehen nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium die Mittel zur Verfügung. Die Findung von Ausgleichsflächen ist Aufgabe des Tiefbauamtes, allerdings ist vorgesehen auf Flächen des Landes Rückgriff zu nehmen. Insgesamt wird hierfür ca. 1 ha Land benötigt. Her Ruppert ergänzt die Aussagen indem er von berechtigten Hoffnungen zur Realisierung spricht.

Herr Ortschaftsrat Bessler fordert als Vergleich auch die Kosten der letzten Variante ein. Zudem gibt er zu bedenken, dass im Bereich Fallbrunnen eine Lösung gefunden werden muss, damit dort nicht der Radweg zugeparkt wird. Zuletzt stellt er die Frage, ob dieses Bauvorhaben schon im Hinblick auf die übergeordnete Verkehrsführung angemeldet wurde.

Herr Giesinger berichtet, dass die Maßnahme bereits in der Baustellenkoordination für 2018 berücksichtigt ist. Die Kosten der letzten Variante belaufen sich auf ca. 1,6 Millionen Euro. Er beschreibt nochmals die Nachteile der letzten Planung, dass durch die Mauerscheiben auch eine Sichtbehinderung des KFZ-Verkehres vorliegt. Die wurde im Rahmen des Sicherheitsaudits neben dem Sicherheitsabstand zu Einbauten genannt.

Herr Ortschaftsrat Hepperle sieht in der vorliegenden Planung einen akzeptablen Vorschlag. Er sieht allerdings noch Klärungsbedarf bei Starkregen und ob eine Geschwindigkeit von ca. 40 km/h auf dem Radweg gefahren werden darf und ob eine separate Sicherung für Fußgänger angedacht ist. Herr Giesinger betont, dass eine Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer notwendig ist. Eine Abtrennung für Fußgänger ist nicht vorgesehen. Auf die Frage nach dem Verfahrensablauf antwortet Herr Giesinger, dass für die Ausgleichsfläche das Umweltamt zuständig sei und für die Waldumwandlung das Forstamt. Zur Ausführung der separaten Brücke über den Wetterbach geht die Planung von einer Stahlbetonausführung aus.

Herr Ortschaftrat Freiburger möchte wissen, ob bei der steilen Böschung Sicherungsmaßnahmen erforderlich sind. Daraufhin antwortet der Planer, dass es keinen Weg in diesem Bereich gibt und somit keine besonderen Maßnahmen zu treffen sind.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, verweist der Vorsitzende auf die Beschlussvorlage, in der zunächst die Kenntnisnahme der Planung und eine weitere Behandlung im Bauausschuss vorgesehen sind. Er betont dabei die Komplexität und den enormen Eingriff in die Topographie als Grund für diesen Vorschlag.

Der Ortschaftsrat möchte jedoch keine weiteren Verzögerungen in Kauf nehmen und spricht sich einmütig gegen den Vorschlag der Verwaltung aus und beschließt, die vorgelegte Planung des Tiefbauamtes zu beauftragen.

--einstimmig—

TOP 2 Information Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen in den beiden Stadtteilen Grünwettersbach und Palmbach

Nach Aufruf des zweiten Tagesordnungspunktes stellt Herr Schäfer die laufenden und geplanten Baumaßnahmen für die Bereiche Hochbau, Gartenbau und Tiefbau vor. Im Einzelnen gibt er Auskunft über die Notwendigkeit und Ziele der Projekte. Nachrichtlich werden auch die Vorhaben der Stadtwerke Karlsruhe und die Erneuerung der Bahnstromleitung erwähnt.

Nachfragen aus dem Ortschaftsrat erstrecken sich im Wesentlichen auf die Bahnstromleitung. Hier wird gefordert, dass in der nächsten Sitzung ein Vertreter der Deutschen Bahn das Vorhaben vorstellen soll.

TOP 3 Hinweistafel und Erklärung "Höchster Punkt in Karlsruhe" Antrag der CDU/FW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach

Der Antrag der CDU/FW-Fraktion begründet Herr Ortschaftsrat Jourdan. Nachdem der höchste Punkt auf Karlsruher Gemarkung im Bereich Grünwettersbach liegt, möchte seine Fraktion auf dieses Alleinstellungsmerkmal besonders hinweisen.

Herr Ortsvorsteher Frank erklärt mit Hinweis auf die Stellungnahme, dass zwei Tafeln in der Planung sind. Zum einen soll im Bereich Wildschweingehege neben der Höhenangabe Daten zum Stadtteil aufgenommen werden. Auf der zweiten Tafel soll im Bereich Waldspielplatz zum Wettersbacher Wald informiert werden. Da bei diesen öffentlichen Hinweisen unter anderem auch das Corporate Design der Stadt Karlsruhe berücksichtigt werden muss, schlägt er vor die Details im Bauausschuss zu diskutieren.

Hierzu wird auch das Forstamt eingeladen.

Ohne weitere Aussprache erklärt sich der Antragsteller mit diesem Vorgehen einverstanden.

TOP 4 Einleitung des Bebauungsplanverfahrens "Esslinger Straße" Antrag der CDU/FW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach

Um der großen Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden, hat die CDU/FW-Fraktion diesen Antrag gestellt. Herr Ortschaftsrat Freiburger erwähnte, dass neben der "Esslinger Straße" auch die "Thüringer Straße" in die Planung einbezogen werden soll.

Der Vorsitzende macht daraufhin den Vorschlag, die beiden Flächen durch die Restbebauung "Heidenheimer Straße" zu ergänzen. Er stellt die beiden, in der Stellungnahme aufgeführten alternativen Möglichkeiten, zum Bebauungsplanverfahren kurz vor. Die Überlegung der schnellstmöglichen Umsetzung, wird derzeit im Stadtplanungsamt überprüft.

Der Ortschaftsrat stimmt der Erweiterung des Antrags, um die Teilfläche "Heidenheimer Straße" und "Thüringer Straße" und der schnellstmöglichen Umsetzung zum Bebauungsplan, ohne Abstimmung, zu.

Der Antrag ist hiermit erledigt.

TOP 5 Gewerbegebiet Winterrot

TOP 5.1 Konzeption und Maßnahmenkatalog für ein sauberes Gewerbegebiet "Im Winterrot"
Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach

TOP 5.2 Gewerbegebiet "Im Winterrot" Antrag der CDU/FW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 werden wegen des inhaltlich gleichen Sachverhaltes, mit Zustimmung der antragstellenden Fraktionen, in einem Tagesordnungspunkt zusammen beraten.

Zunächst erläutert Herr Ortschaftsrat Hepperle den Fraktionsantrag der SPD. Durch immer häufigere Beschwerden aus der Bevölkerung und den Erfahrungen der "Dreck-weg-Wochen" haben diesen Antrag hervorgerufen. Nicht zuletzt ist auch die schleppende Bebauung des Gewerbegebietes für diesen unzumutbaren Zustand verantwortlich. Er beschreibt zusätzlich die Verantwortung der Stadt Karlsruhe, um hier für Sauberkeit zu sorgen. Leider sei in der Stellungnahme etwas Ratlosigkeit zu erkennen. Er wisse aber auch, so Herr Hepperle weiter, dass im Bauhof keine Personalkapazitäten vorhanden seien. Dennoch kann dieser Zustand nicht hingenommen werden. Für die CDU/FW-Fraktion berichtet Herr Jourdan in ähnlicher Art und Weise über die Zustände im Gewerbegebiet Winterrot. Gleichzeitig drängt er auf eine schnellere Vermarktung um der Vermüllung entgegen zu wirken.

Herr Ortschaftsrat Pfannkuch schlägt vor, den Parkraum durch eine Beschränkung unattraktiver zu machen, vielleicht liese sich das Problem damit eindämmen.

Herr Ortsvorsteher Frank erläutert die komplexe Rechtslage, dass eine Beschränkung nicht oder nur sehr schwer umsetzbar erscheint. Auch er sieht erst dann eine Verbesserung, wenn die Grundstücke bebaut sind. Dies wird aber dadurch erschwert, dass sich nur die Hälfte der Grundstücke in städtischem Eigentum befindet. Auf die Vermarktung der anderen Grundstücke hat die Stadt keinen Einfluss.

Herr Ortschaftsrat Bessler blickt mehr auf die Ursachen des Konflikts. Er beschreibt die fehlenden Parkplätze im Bereich des Karlsruher Dreiecks als Hauptursache.

Abschließend wird festgehalten, dass die Verwaltung mit den betreffenden Fachämtern die Thematik vor Ort bespricht. Das Ergebnis wird in einer der nächsten Sitzungen bekanntgegeben.

TOP 6 Mitteilungen der Ortsverwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Ortsverwaltung im öffentlichen Teil vor.

Herr Ortschaftsrat Reinhardt stellt die Frage, warum in Wettersbach zur gleichen Zeit zwei mehrtägige Veranstaltungen stattfinden. Herr Ortsvorsteher Frank beantwortet dies mit dem Hinweis auf das jährliche im Oktober stattfindende Koordinierungsgespräch aller Vereine und Organisationen. In diesem Jahr sei es nicht möglich gewesen den Terminkonflikt zu lösen. Allerdings, so Herr Frank, geht er davon aus, dass sich das Problem in 2018 lösen wird.

Abschließend wünschte sich Herr Pfannkuch, dass die Ortsverwaltung in Zukunft den Ortschaftsrat über diese Terminprobleme unterrichtet.

Stadt Karlsruhe

- Ortsverwaltung Wettersbach -

Niederschrift Nr. 32

über die

öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Karlsruhe-**Wettersbach** am Dienstag, 30. Mai 2017 im Bürgersaal des Rathauses Grünwettersbach, Am Wetterbach 40, 76228 Karlsruhe.

Der Ortschaftsrat

Roland Jourdan Peter Hepperle

Ursula Seliger Nils Reinhardt

Der Ortsvorsteher Der Schriftführer

Datum Datum

Rainer Frank Klaus Schäfer